

CRISIS TALKS „EUROPÄISCHE REGRESSION?“

Vertretung des Landes Hessen bei der EU, 3.9.24

Rainer Forst, *Normative Ordnungen*, Goethe-Universität

Eingangsstatement

Wir leben in einer Zeit der Regression, in der Wahlen der extremen Rechten regelmäßig eine demokratische Legitimität verleihen, die sie nicht verdient – wir haben es vorgestern in Thüringen und Sachsen erlebt, und so war es bei der Europawahl, der darauffolgenden Wahl in Frankreich, und wer weiß, was in den USA geschehen wird. Aber, so wird eingewandt, sind denn Wahlen nicht genau dafür da? Was heißt hier „unverdiente Legitimität“?

Die Antwort darauf führt uns ins Zentrum der eigentlichen Krise unserer Zeit – und damit meine ich den partiellen Verfall unseres politischen Denkens, in dem zentrale Begriffe wie der der Demokratie bis zur Unkenntlichkeit entstellt werden.

Als *antidemokratische Regression* möchte ich entsprechend das Phänomen bezeichnen, dass Parteien mit autoritären und menschenrechtsfeindlichen Programmatiken, die sich als Sprachrohre des „wahren“ Volkes gerieren, sich auf die Demokratie berufen und sie zugleich gefährden. Hier wird nicht nur die eine oder andere demokratische Institution in Frage gestellt – etwa eine unabhängige Gerichtsbarkeit –, sondern der Begriff der Demokratie selbst verkommt. Er verkommt zu einer voluntaristischen Selbstermächtigung derer, die glauben, autorisiert zu sein zu definieren, wer dazu gehört und wer nicht, wer zählt – ein politischer Übergriff, der die Prinzipien ablehnt, auf denen Demokratie beruht: die Rechte einer jeden Person, als frei und gleich respektiert zu werden, egal welcher Herkunft diese Person ist und ob sie einer gesellschaftlichen Mehrheit oder Minderheit angehört.

Im europäischen Kontext ist diese Realparadoxie noch greifbarer: Hier wurden Parteien in das Parlament gewählt, denen dieses Parlament selbst und die Prinzipien der EU ein Dorn im Auge sind. Das ist eine neue Qualität der Herausforderung.

Diese Regression ist, in klassisch Frankfurter Worten Kritischer Theorie gesagt, ein Obsiegen der Unvernunft. In regressiven Zeiten wird von Maßstäben dessen, was nicht mit guten Gründen zurückweisbar ist, nicht lediglich ein Stück weit abgerückt, sondern sie werden verdreht oder, schlimmer noch, explizit abgelehnt: Man glaubt an „alternative Fakten“, reklamiert verlorene Wahlen als gewonnen oder verneint die Grundrechte anderer, die dazu noch beschimpft werden. Das wird oft in eine Rhetorik der Selbstverteidigung gepackt, die die Aggressivität dieser Politik nur ummantelt.

Entgegen einer psychoanalytischen Bedeutung des Begriffs der Regression möchte ich diesen nicht als Abfall von einem bereits erreichten Stadium demokratischer Reife verwenden, sondern als Verletzung vernunftgebotener Standards. Denn in regressiven

Zeiten kann es einen Schub hin zur *expliziten*, etwa xenophoben Feier des Autoritären geben, der lediglich sichtbar macht, was bereits *implizit* an Fremdenfeindlichkeit vorhanden war. Deshalb ist die Antwort auf die extreme Rechte nicht das Zurück zu gestern, sondern das nach Vorne einer lernbereiten Demokratie, auch und gerade auf europäischer Ebene.

Was heißt Demokratie? Sie ist der Versuch, politische Herrschaft so zu organisieren, dass soziale und politische Willkürherrschaft gebannt werden kann. Dies seit ihren modernen Anfängen im Widerstand gegen Feudalherrschaft, später im Kampf gegen ökonomische Ausbeutung im industriellen Zeitalter, im Protest gegen die Unterdrückung von Frauen oder gegen repressive Formen des Sozialismus – und heute gegen Ungleichheit festigende sozioökonomische Strukturen und den Autoritarismus in diversen Varianten, auch gegen die Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Religion oder Geschlecht. Die moderne Demokratie ist nicht irgendeine Form klugen Regierens, sondern die politische *Praxis der Gerechtigkeit*, und ihr Kern besteht darin, Strukturen zu etablieren, in denen die, die einer normativen Ordnung unterworfen sind, diese Ordnung als Gleiche effektiv mitbestimmen können.

Deshalb ist ein Demokratieverständnis regressiv, das politische Macht in die Hand privilegierter Eliten gibt, oder das davon ausgeht, Mehrheiten dürften ihre Macht dazu verwenden, Minderheiten zu dominieren, d.h. ihnen soziale Ressourcen, kulturelle Rechte oder Partizipationschancen zu nehmen, die unter Gleichen gewährleistet sein müssen. Ebenso problematisch ist es, die Rede von „illiberaler Demokratie“ zuzulassen und nur noch kritisch hinzuzufügen, das „Liberale“ sei als Ergänzung wichtig, als gehörten Grundrechte nicht immanent zur Demokratie.

Wir müssen allerdings sehen, dass eine autoritäre Bewegung in ihrer Sozialkritik durchaus reale Probleme, etwa solche der fehlenden Repräsentation bestimmter Gruppen oder wachsende soziale Ungleichheit, benennen kann. Es ist aber ein Fehlschluss, sie deshalb als demokratische Bewegung zu betrachten. Unzureichende Strukturen der politischen Willensbildung können ebenso wie negative ökonomische Effekte dazu führen, dass Menschen sich von dem System, in dem sie leben, entfremden – wenn sie daraus aber schließen, der Ruf „Wir sind das Volk“ könne xenophobe Politik rechtfertigen, verletzen sie die Demokratie.

Noch ein Wort zu Europa. Denn bei dem Thema stoßen wir auf den Kern der strukturellen Krise, die unsere Zeit prägt. Der Glaube an wirksame demokratische Politik setzt voraus, dass die Probleme, die sich stellen, aus kollektiver politischer Kraft heraus bewältigt werden können. Dort aber, wo diese Zuversicht schwindet, wendet sich das Streben nach politischer Handlungsmacht nicht selten ins Irrationale, in den Wahn einer nationalistischen Selbstermächtigung, welche sich gegen transnationale Institutionen wendet und häufig gegen die Unterprivilegiertesten richtet.

Wir leben so gesehen in einer Zeit der *Paradoxie demokratischer Regression*: Alle gravierenden politischen Herausforderungen – ob der Klimawandel, Finanzkrisen,

globale Armut und Migration, Pandemien oder die Frage von Krieg und Frieden – sind *transnational*er Natur, aber die politischen Impulse der Reaktion darauf gehen immer stärker in eine *nationalistische* Richtung. Als ob man die globalen Probleme dadurch außen vorlassen könnte, wird in Grenzen gedacht – bis hin zur Verneinung der Wirklichkeiten der ökologischen Gefahr, des Virus, etc.

„Verteidigung der Demokratie“ hieße in diesem Zusammenhang an erster Stelle, die *Prinzipien* der Demokratie zu verteidigen und nach geeigneten politischen *Formen* zu suchen, die diese realisieren. An der Weiterentwicklung demokratischer, transnationaler politischer Institutionen, innerhalb und auch jenseits der EU, führt dabei kein Weg vorbei, nicht zuletzt aufgrund der ökologischen Problematik sowie von Fragen der Migration, aber auch angesichts der Notwendigkeit der Regulierung globaler Finanzmärkte oder von Fragen einer internationalen Friedensordnung. Eine handlungsstarke EU, die selbst als demokratische Polity, samt eigenem Demos, agiert und als solche wahrgenommen wird – und nicht als Spielfeld strategischer nationaler bzw. nationalistischer Kräfte – ist daher die Forderung unserer Zeit.